

Schnelles Handeln nötig

Zu wenig Kinderärzte in Freiberg

Freiberg. Die Sorgen vieler Freiburger Eltern in punkto Kinderärzte brennt auch der Stadträtin und Landtagsabgeordneten der Linken, Jana Pinka, auf den Nägeln. "Wenn Freiburger Eltern mit ihren kranken Kindern ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen wollen, haben sie entweder das Problem, keinen Kinderarzt zu finden, der sie behandelt, oder lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen, die für die kranken Kinder nicht vertretbar sind. Von guten Bedingungen sind wir in Freiberg weit entfernt, und es ist auch nicht absehbar, dass sich in Kürze daran etwas ändert. Im Gegenteil, der Altersdurchschnitt der zurzeit noch praktizierenden Kinderärzte in der Stadt lässt für die nächsten Jahre nichts Gutes erwarten", reagiert sie auf den "Freie Presse"-Beitrag "Angst, wenn das Kind einmal krank wird" vom 11. November.

Schwer nachzuvollziehen sind für sie die Aussagen der Kassenärztlichen Vereinigung, dass immer noch eine "Überversorgung" im so genannten Planungskreis Freiberg besteht. Die Situation erfordert aus Pinkas Sicht sofortiges Handeln aller Instanzen, angefangen von der Kassenärztlichen Vereinigung bis hin zur kommunalen Politik. Es sollten schnellstens die gesetzlichen Bedingungen sowie auch die finanziellen Anreize für junge Ärzte verbessert werden, um deren Abwanderung in die westlichen Bundesländer einzuschränken.

"Als Stadträtin und Landtagsabgeordnete erkenne ich das Problem des Kinderärztemangels in Freiberg und bin für eine schnellstmögliche Lösung, denn nicht große Worte, sondern nur konkrete Hilfen werden es lösen", nimmt sie sich auch selbst ihn die Pflicht. Ministerpräsident Tillich, der in seiner Regierungserklärung anmahnte, die so genannte Konvergenzklausel, nämlich den finanziellen Ausgleich für Arzthonorare etwa in Bayern oder Baden-Württemberg auf Kosten von Sachsen, im Zusammenhang mit dem Gesundheitsfonds nicht zuzulassen, sollte beim Wort genommen werden. Doch auch auf der Ebene des lokalen Freiburger Bündnisses für Familienfreundlichkeit sollte die Sache angegangen werden.

Ein Hoffnungsschimmer scheint jedoch in Sicht. Wie CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann informierte, stehe die rund 20 Jahre alte Bedarfsplanungs-Richtlinie, sprich Einwohner-Arzt-Relation, auf dem Prüfstand. Mit einer Entscheidung, so habe sie aus dem Gemeinsamen Bundesausschuss erfahren, sei "in näherer Zukunft" zu rechnen. Das heiße nach ihrer Erfahrung im besten Fall, in etwa einem Jahr. (GF)